

Englands Sorgen.

Wohin sind die Siegesphrasen Lloyd Georges geraten? Wohin der stolze Brustton der Unüberwindlichkeit? Die jüngste Rede des englischen Premiers, die der Telegraph soeben stückweise übermittelt, ist nämlich angefüllt von schweren Sorgen. Und das hat der verschärfte U-Boot-Krieg bewirkt! Das meerbeherrschende Albion muß durch den Mund des größten Kriegshebers, der Deutschland immer wieder zerschmetterte, durch den Mund Lloyd Georges der Welt bekanntgeben, daß das Inselreich in der gefährlichsten Weise zerniert sei. Das Schiffsraumproblem müsse durch sofortige und rücksichtslose Maßregeln, wenn auch nicht gelöst, so doch der größten Schwierigkeiten ledig gemacht werden. Ein Einfuhrverbot ist vonnöten, um Schiffsraum zu sparen, das die Bürger Englands in ihren Lebensgewohnheiten beträchtlich stört und die Alliierten Englands finanziell schädigt. Und Lloyd George muß weiter zugeben, daß er sich nicht darauf verlassen könne, den U-Booten wirksam entgegenzutreten; er muß die Rettung Englands nicht in der Lahmlegung der deutschen U-Boot-Aktion, sondern darin suchen, daß Englands Bürger sich den Gurt um den Leib knapper schnüren.

Dabei erscheinen die Auskunftsmitel, der Rahmen des Einfuhrverbots, keineswegs kolossal wirkungsvoll; sie werden nur lästig in England selbst empfunden werden, reichen aber gewiß nicht aus, die enorme Schädigung, die Englands Tonnage erfahren hat und weiter erfährt, auch nur in kleinstem Maße wettzumachen. Wenn jetzt um 20 Millionen Tonnen weniger in Englands Häfen einlaufen, dann erscheint die von Lloyd George berechnete Ersparnis von 1½ Millionen — durch das Einfuhrverbot — wirklich wie ein Tropfen im Meer. Die deutschen U-Boote werden weiter sorgen, daß noch weniger als 20 Millionen Tonnen jährlich nach England kommen. Welch ein Unterschied zwischen den Mitteilungen des Staatssekretärs Grafen Röbern in der geistigen Sitzung des deutschen Reichstages und der Rede Lloyd Georges — hier Kraft und berechtigte Zuversicht, in England die Notwendigkeit, beschämende Eingeständnisse von Not und Sorgen abzuliegen!

Erklärungen Lloyd Georges.

London, 23. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Im Unterhause betonte Premierminister Lloyd George in seiner Erklärung die große Wichtigkeit der Schiffsraumfrage und sagte, daß eine Million Tonnen englischen Schiffsraumes Frankreich zugewiesen sei, außerdem ein beträchtlicher Teil Rußland und Italien. Gegen die U-Boot-Gefahr könne man mit drastischen Mitteln vorgehen, aber es seien auch sofortige und rücksichtslose Maßregeln notwendig, um das Problem der Tonnage zu lösen, das dem Lande große Opfer auferlegen würde. Der schließliche Erfolg der

Sache der Alliierten hänge von der Lösung der Schiffsraum-schwierigkeiten ab. Nach allen Abzügen sei nur ungefähr die Hälfte der englischen Tonnage für die gewöhnlichen Erfordernisse verfügbar. Während vor dem Krieg jedes Jahr Schiffe mit einem Gesamtausmaß von fünfzig Millionen Tonnen in den britischen Häfen ankamen, sei diese Zahl jetzt auf dreißig Millionen Tonnen herabgesunken, und zwar fast ausschließlich infolge der Ueberweisung von Schiffen für die kommerziellen und militärischen Erfordernisse der Alliierten. Die Regierung hoffe, die Mittel zu finden, um den Unterseebooten wirksam entgegenzutreten zu können. Sie würde sich aber straflicher Torheit schuldig machen, wenn sie ihre Politik ohne weiteres auf die Annahme aufbaute, daß sie diese Hoffnung werde erfüllen können. Ein gut Teil der Tonnage sei versenkt, und es sei zu erwarten, daß noch weit mehr versenkt werden würde, ehe die Gefahr überwunden werde. Die Einfuhr von Bauholz müsse dadurch vermindert werden, daß man französisches Bauholz für die Armee und britisches für Grubenstützen verwende. Ausgiebigere Gewinnung britischer Erze, allerdings von geringerem Gehalt, würde die britische Erzeugung außerordentlich steigern.

Lloyd George befaßte sich sodann mit der Frage der Lebensmittel-erzeugung im eigenen Lande und wies auf die Notwendigkeit hin, die Farmer dazu zu veranlassen, Getreide anzubauen. Die Regierung würde deshalb die Weizenpreise bis zum Jahre 1920 garantieren, für die Arbeiter Mindestlöhne festsetzen und die Erhöhung der Pachtgelder verbieten. Durch alle diese Mittel könne beträchtlicher Schiffsraum gespart werden, aber diese Ersparnis würde erst später eintreten. Inzwischen werde Schiffsraum dringend benötigt. Daher müsse die Papier-einfuhr um die Hälfte vermindert werden. Die Einfuhr aller wesentlichen Nahrungsmittel würde uneingeschränkt bleiben, aber die von gewissen Früchten entweder verboten oder stark beschränkt werden. Kohlensäure, Mineralwässer und ausländischer Tee würden nicht ins Land gelassen und die Einfuhr von indischem Tee auf eine bestimmte Menge herabgesetzt werden. Große Vorräte von Kaffee und Kakao seien im Lande, die Einfuhr dieser Artikel werde daher vorläufig aufgehoben werden. Das Land müsse mehr von heimischem Fleisch und andern Nahrungsmitteln leben. Die Regierung hoffe, mit allen diesen Beschränkungen über 900.000 Tonnen jährlicher Einfuhr zu ersparen. Außerdem müsse die Einfuhr sehr vieler Industrieartikel aufhören. Durch Einschränkung der Biererzeugung allein würden 600.000 Tonnen jährlich frei werden. Auch sei eine entsprechende Verminderung der Erzeugung von Spirituosen geplant. Wenn dieses Programm zur Gänze durchgeführt werde, könne er ehrlich versichern, daß England auch den schlimmsten Eventualitäten entgegensehen könne. (Lebhafter Beifall.)

Der verschärfte U-Boot-Krieg.

Berlin, 24. Februar. Der „Totalanzeiger“ schreibt: Die englische Regierung läßt in allen Zeitungen ein Inserat erscheinen, in dem es heißt: Schiffe bringen Hammel- und Ochsenfleisch. Das Frühstücksbrot wird aus Getreide hergestellt, das in Schiffen nach England befördert wird. Ohne diese Nahrungsmittel müssen die Engländer verhungern. Die Deutschen bauen Unterseeboote, um unsre Schiffe zu versenken. Sie hoffen, den Krieg dadurch zu gewinnen. Ohne Nahrung kann man nicht kämpfen, nicht leben. Es müssen mehr Schiffe gebaut und mehr Nahrungsmittel erzeugt werden. Jeder Mann zwischen 18 und 61 Jahren muß sich jetzt freiwillig für den nationalen Dienst melden. Wir können keine Zeit verlieren.